

Kommentierte Tagesordnung Landtagssitzung November 2015

TOP 1

Die Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) „Klimaschutz“ ist beauftragt, der Landesregierung im Jahr 2015 eine Halbzeitbilanz für das Klimaschutzprogramm 2020 vorzulegen. Das Thema aufgreifend richtete die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Große Anfrage an die Landesregierung, die ihre Antwort nun vorgelegt hat und im Plenum zur Diskussion stellt. Mit einem Entschließungsantrag wollen die Grünen eine Überarbeitung des Programms erreichen.

TOP 2

Die Aufarbeitung allein auf die Behörden der Staatssicherheit zu beschränken, werde den vielen Einzelschicksalen mit anderen Unrechtserfahrungen in der DDR und aus der Zeit nach dem 8. Mai 1945 nicht gerecht, zeigten sich die Fraktionen von CDU und SPD im Juni dieses Jahres überzeugt und legten daher den Entwurf eines Aufarbeitungsbeauftragtengesetzes vor. Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung hat nun eine Beschlussempfehlung erarbeitet, die die Annahme des Entwurfs mit einigen Änderungen vorsieht.

TOP 3

Die Fraktion DIE LINKE erinnert mit einem Antrag daran, dass sowohl das Neutralitätsgebot als auch das Gebot der Chancengleichheit für die gesamte Wahlperiode gelten. So sei es Staatsorganen unter anderem untersagt, mit Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit für politische Parteien zu werben, insbesondere parteinehmend in einen Wahlkampf einzugreifen. Der Landtag soll die Landesregierung unter anderem auffordern, diese Grundsätze nicht nur in der sogenannten „heißen Phase“, sondern bereits im Vorwahlkampf zu befolgen.

TOP 4

Nach Ansicht der Fraktionen von CDU und SPD kann die bisherige Lehrerausbildung den ständig steigenden Anforderungen eines modernen Agrarsektors immer weniger genügen. Daher bestehe dringender Bedarf für eine zukunftsorientierte Regelung der Fachlehrerausbildung im Agrarbereich. Der Landtag soll sich für die bestehende überbetriebliche Ausbildung für Landwirtschaft und Forstwirtschaft starkmachen und sicherstellen, dass für Absolventen der Agrar-, Gartenbau oder Ernährungswissenschaften der Einstieg in das Lehramt an berufsbildenden Schulen als Regelzugang geschaffen wird.

TOP 5

Die mit dem Jugendarrest verbundene Präventionshoffnung müsse als gescheitert angesehen werden, so der Wortlaut in der Begründung des Entwurfs eines Jugendarrestvollzugsgesetzes der Fraktion DIE LINKE vom März 2013. Die Linken lehnten die Sanktionsform des Jugendarrestes grundsätzlich ab und folgten damit der an unterschiedlichen Stellen geforderten Abschaffung des Jugendarrestes. Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung hat jetzt eine Beschlussempfehlung erarbeitet, die die Ablehnung des Gesetzentwurfs vorsieht.

TOP 6

Die Landesregierung legte im Februar 2015 einen Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung des Justizvollzugs in Sachsen-Anhalt vor. Der Entwurf fasst alle Regelungen zum Vollzug der Freiheitsstrafe, der Jugendstrafe und der Untersuchungshaft zusammen und beinhaltet auch die notwendigen Regelungen für Strafgefangene mit angeordneter oder vorbehaltener Sicherungsverwahrung. Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung spricht sich in seiner Beschlussempfehlung für die Annahme des Gesetzes aus.

TOP 7

Frauen sind in den Aufsichtsgremien der Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, deutlich unterrepräsentiert. Ein gleichstellungspolitisches Ziel des Landes müsse laut einem Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sein, die Repräsentanz von Frauen in der Wirtschaft generell zu erhöhen und dafür Sorge zu tragen, dass der Anteil von Frauen in den Gremien kurzfristig deutlich steigt und mittelfristig 50 Prozent beträgt. Dem Landtag soll jährlich im Rahmen des Beteiligungsberichts Auskunft zum aktuellen Stand der Frauenquote in den Aufsichtsgremien erteilt werden.

TOP 8

Im April 2015 wurde im Plenum ein Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE diskutiert, in dem es um die Einführung des 8. Mai als gesetzlicher Feiertag ging, dieser soll als „Tag der Befreiung vom Faschismus“ begangen werden. Der Ausschuss für Inneres und Sport hat sich in seiner Beschlussempfehlung darauf verständigt, den Gesetzentwurf im Plenum abzulehnen.

TOP 9

Das Land Sachsen-Anhalt unterstützt die Ausbildung des besonders qualifizierten wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses an Hochschulen mit der sogenannten Landesgraduiertenförderung. Diese bedarf der Anpassung und Modernisierung, daher legte die Landesregierung im Juli 2015 einen entsprechenden Gesetzentwurf vor. Der Ausschuss für Wissenschaft und Wirtschaft spricht sich in seiner Beschlussempfehlung einstimmig für die Annahme des geänderten Gesetzentwurfs aus.

TOP 10a+b

(a) Wesentlicher Schwerpunkt der 17. Änderung des Rundfunkänderungsstaatsvertrags ist die verfassungskonforme Zusammensetzung der Gremien des ZDF unter den Gesichtspunkten Staatsferne, Vielfaltsangebot, Aktualität und Gleichstellung. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien empfiehlt, den Gesetzentwurf in geänderter Form anzunehmen.

(b) Bei der 18. Änderung des Rundfunkänderungsstaatsvertrags geht es um die Klarstellung, dass in bundesweit verbreiteten Programmen des öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunks regionenspezifische Werbung nur zulässig ist, soweit das jeweilige Landesrecht dies gestattet. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien empfiehlt einstimmig, den Gesetzentwurf der Landesregierung anzunehmen.

TOP 11

Die Landesregierung legte im Juli 2015 den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Abfallgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt vor. Hintergrund ist ein 2012 geändertes Bundesabfallrecht aus dem sich Anpassungsbedarf für die Landesebene ergibt. Laut Landesregierung handelt es sich im Wesentlichen um redaktionelle Anpassungen sowie eine geänderte Paragraphenreihenfolge gegenüber dem Vorgängergesetz. Der Ausschuss für Umwelt legt nun eine Beschlussempfehlung zur Annahme des Gesetzentwurfs vor.

TOP 12

Um junge Menschen in Sachsen-Anhalt besser in die politische Entscheidungsfindung einzubinden, legte die Fraktion DIE LINKE im Februar 2014 ein Kinder- und Jugendteilhabegesetz vor. Das Gesetz soll eine Änderung der Verfassung bewirken und der eigenständigen Persönlichkeit von Kindern und Jugendlichen mehr Beachtung schenken. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales empfiehlt, den Gesetzentwurf abzulehnen.

TOP 13

Mit ihrem Änderungsgesetz will die Landesregierung eine EU-Richtlinie umsetzen. Die wesentlichen Änderungen betreffen unter anderem die Einführung eines Europäischen Berufsausweises, zunächst für die Berufe Krankenschwestern und Krankenpfleger für allgemeine Pflege, Apotheker (Grundausbildung), Physiotherapeuten, Bergführer, Immobilienmakler, die Erlaubnis der teilweisen Ausübung eines reglementierten Berufs (partieller Berufszugang) und die Verpflichtung zur elektronischen Bereitstellung aktuell zu haltender Informationen.

TOP 14

Ein Antrag der Fraktion DIE LINKE vom Februar 2013 beschäftigte sich mit der Forderung, die Verfolgung von Homosexuellen nach 1945 aufzuklären und zu dokumentieren. Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung empfiehlt dem Landtag, den genannten Antrag in veränderter Fassung anzunehmen. Demnach begrüßt der Landtag den Beschluss der Frühjahrskonferenz der Justizministerinnen und Justizminister hinsichtlich der Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern der Strafverfolgung wegen homosexueller Handlungen.

TOP 15

„Alle Kinder sind uns wichtig“ – mit diesem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sollte die Landesregierung im April 2015 aufgefordert werden, zur Lebenslage besonders schwieriger Familienkonstellationen Bericht zu erstatten. Der Bericht soll im IV. Quartal des Jahres vorliegen. Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, den genannten Antrag in veränderter Fassung anzunehmen.

TOP 16

Der Ausschuss zur Überprüfung der Abgeordneten auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR legt seinen abschließenden Bericht vor. Der Ausschuss wurde per Beschluss des Landtags im November 2011 eingesetzt. Insgesamt hat er in den vergangenen fünf Jahren 74 Anträge auf eine Überprüfung an den Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen weitergeleitet.

Top 17

Das Sparkassen-Tourismusbarometer Ostdeutschland vom August 2015 gibt für Sachsen-Anhalt für das erste Halbjahr 2015 nur ein unterdurchschnittliches Wachstum bei den Übernachtungszahlen im Vergleich zum Vorjahr aus. Damit liegt das Land bei der Entwicklung der Tourismuszahlen nur noch vor dem Saarland. Um diesen Stand zu verbessern, bringt die Fraktion DIE LINKE einen Antrag ein, um Maßnahmen zu ergreifen, die Ziele des „Masterplans Tourismus“ bis 2020 zu erreichen.

TOP 18

Im Oktober 2015 beschloss der Landtag, auf Vorschlag des Präsidenten des Landesrechnungshofes zwei Mitarbeiter aus dem Prüfungsdienst zu bestimmen, die die

Jahresrechnungen 2011, 2012 sowie 2013 des Landesrechnungshofes vorbereitend prüfen. Diese werden nun in einem gemeinsamen Antrag der vier Landtagsfraktionen vorgeschlagen.

TOP 19

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich mit einem Antrag noch einmal dezidiert für die verantwortungsvolle Unterbringung der Flüchtlinge im Land ein. Die Unterbringung von Menschen in Zelten sei gerade angesichts der bereits eingetretenen und zu erwartenden niedrigen Temperaturen inakzeptabel. Der Landtag soll die Landesregierung auffordern, alle bereits vorhandenen und menschenwürdigen festen Unterkünfte, die als Interimslösungen beziehungsweise Erweiterungen bestehender Einrichtungen erschlossen wurden, tatsächlich zu nutzen.

TOP 20

Wie in jedem Sitzungsmonat haben die Abgeordneten des Landtags von Sachsen-Anhalt auch im November die Möglichkeit, sich in der Fragestunde mit ihren Kleinen Anfragen direkt an die Minister/in der Landesregierung zu wenden.

TOP 21

Die Fraktion DIE LINKE hat für die November-Sitzungsperiode eine Aktuelle Debatte beantragt. Hintergrund sind die zunehmenden Angriffe auf Unterkünfte für Flüchtlinge, auf Flüchtlinge selbst, auf Unterstützerinnen und Unterstützer von Geflüchteten sowie auf demokratische Politikerinnen und Politiker und deren Büros. Rassismus und Gewalt in Wort und Tat seien nicht hinnehmbar in einer demokratischen Gesellschaft, so der Wortlaut der Begründung zur Aktuellen Debatte.